

Mitmachen

Ich möchte andere Menschen über Attac informieren.
Bitte schickt mir ___ Exemplare dieses
WTO-Agrar-Faltblatts.

Bitte schickt mir ___ Exemplare
der Attac-Selbstdarstellung.

Ich möchte mehr über Attac wissen.

Bitte schickt mir weiteres Informationsmaterial.

Bitte nehmt mich in den Attac-Infoverteiler auf.

Bitte nehmt mich in den Attac-E-Mail-Verteiler auf.
(ca. eine Mail in 14 Tagen)

Fly0509-I

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Fax: _____
E-Mail: _____

Absender

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.

Oder beide Seiten per Fax: 069-900281-99

WTO – Macht – Hunger

Ernährungssouveränität jetzt!



► Die Krise

Die globale Hungerkrise

Über 850 Millionen Menschen sind direkt von Hunger betroffen – weltweit beinahe jeder siebte. 24.000 sterben täglich an den Folgen von Hunger und Unterernährung. Drei Viertel von ihnen leben in ländlichen Gebieten, der Großteil sind Kinder.

Dabei werden weltweit genügend Nahrungsmittel produziert, um eine Grundversorgung für alle Menschen zu sichern. Statistisch stehen heute pro Kopf sogar 15% mehr Nahrungsmittel zur Verfügung als vor 20 Jahren – trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums. Hunger ist also nicht auf Nahrungsmittelknappheit zurückzuführen, sondern ein Verteilungs- und damit ein politisches Problem, das eine politische Lösung erfordert!

Vom Aussterben bedroht:

kleinbäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd

Die weltweite Hungerkrise wird durch den globalen Wettbewerb um immer billigere Lebensmittel und den steigenden Flächenverbrauch für Energiepflanzen noch verschärft. Kleinbauern und -bäuerinnen, die im Süden den größten Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten, werden durch Billigimporte und Vertreibung von ihrem Land systematisch vom Markt verdrängt und verlieren ihre Lebensgrundlage. Abwanderung in städtische Slums und wachsende Armut im ländlichen Raum sind die Folge. Auch im Norden ist die bäuerliche Landwirtschaft vom Verschwinden bedroht. Immer mehr Nahrung wird von immer weniger Supermarktketten verkauft. Sie diktieren LandwirtInnen die Preise und zwingen sie in einen Konkurrenzkampf, in dem sie nur unter hohen sozialen und ökologischen Kosten bestehen können. Oder sie geben auf – wie es tausende Höfe in Deutschland jährlich tun.

► Die verantwortlichen Akteure

Liberalisierung macht Hunger!

Der internationale Währungsfonds IWF hat in den letzten Jahrzehnten wesentlich zur Verschärfung der globalen Hungerkrise und zur Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft beigetragen. So haben seine Kreditaufgaben viele Länder des Südens in den 80er und 90er Jahren dazu gezwungen, ihre Märkte für landwirtschaftliche Pro-

dukte zu öffnen. Damit verloren sie die Möglichkeit, sich vor den – teils hoch subventionierten – Billigimporten aus dem Ausland zu schützen. Auch der Konkurrenz von Dumpingprodukten, also solchen, die unterhalb der Produktionskosten angeboten werden, sind die ProduzentInnen im Süden schutzlos ausgeliefert. Mit Gründung der Welthandelsorganisation WTO und der Unterzeichnung des WTO-Agrarabkommens im Jahr 1995 wurden diese Marktöffnungen unumkehrbar festgeschrieben und weiter forciert. Mit katastrophalen Folgen für die Ernährungssituation im Süden.

Was ist die WTO?

Die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organisation) ist eine internationale Organisation mit derzeit 150 Mitgliedsstaaten, welche die WTO-Verträge umsetzen müssen. Zu den wichtigsten Abkommen gehören neben dem Agrarabkommen (AoA, Agreement on Agriculture) das Abkommen über den Warenhandel GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) und das Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights). Ziel dieser Abkommen ist es, weltweit Zölle zu senken, Märkte zu öffnen und Eigentumsrechte durchzusetzen.



So kam es beispielsweise auf den Philippinen aufgrund einer Verdopplung der Importe zu einer massiven Verdrängung der einheimischen Produktion: Allein für Getreide gingen die Anbauflächen fünf Jahre nach Beitritt zur WTO um ein Fünftel zurück. Tausende Bauern und Bäuerinnen konnten der billigen Konkurrenz aus dem Ausland nicht standhalten und gaben auf. Eine ähnliche Entwicklung gab es in Jamaika: Hier fiel der Anteil der heimischen Milchproduktion infolge von gedumpte Milchpulver-Importen aus der EU in den letzten zehn Jahren von 24 auf 4,2%! Auch zahlreiche andere Länder sind laut UNO immer weniger in der Lage, den Nahrungsmittelbedarf ihrer Bevölkerung durch die eigene Produktion zu decken und werden abhängig von Importen. Die Folge ist eine weitere Verarmung der Menschen.

Deshalb fordert Attac:

- das Recht jeder Gemeinschaft, ihren Agrarmarkt zu schützen
- keinen weiteren Zwang zu Liberalisierungen im Süden. Entwicklungsländer müssen eingegangene Marktöffnungsverpflichtungen zurücknehmen können, um sich vor Billigimporten zu schützen
- das Verbot von Dumping und die sofortige Abschaffung jeder direkten und indirekten Subventionierung von Exporten

Die Rolle des Agrobusiness

Der weltweite Agrarhandel wird von einer Handvoll Konzernen kontrolliert: Zwei Giganten – Cargill und Louis Dreyfus – machen 60% des Getreidehandels unter sich aus. 80% des weltweiten Maisexports werden laut UNO von drei Konzernen abgewickelt. Auch in der Verarbeitung von Soja zu Viehfutter, bei Kaffee, Kakao oder Bananen gibt es derartige Kartelle.

Durch diese Konzentration auf dem Welt-Agrarmarkt gelangt der Löwenanteil der Erlöse aus dem Agrarhandel in die Hände der Agroindustrie des Nordens – beim Handel mit Südländern sind es laut UNO 80%! Die ProduzentInnen im Süden gehen dagegen weitgehend leer aus. Auch in Deutschland drücken Einzelhandelsriesen wie Aldi oder Lidl im Kampf um Marktanteile die Preise für Agrarprodukte. Für den Liter Milch erhalten Bauern und Bäuerinnen beispielsweise heute von der Molkerei nur noch durchschnittlich knapp 28 Cent, die Produktionskosten liegen aber bei etwa 32 Cent. Aus Angst davor, auf ihrer Milch sitzen zu bleiben, akzeptieren LandwirtInnen und Molkereien jedoch fast jeden Preis.



Deshalb fordert Attac:

- monopolartige Strukturen einiger weniger Konzerne im Ernährungssektor aufzubrechen
- dass BäuerInnen und LandarbeiterInnen für die Herstellung ihrer Agrarprodukte gerecht entlohnt werden und die Preise die Kosten für Mensch und Umwelt widerspiegeln

www.attac.de/agrarnetz

 **attac**
Agrarnetz



Auf dem falschen TRIP – Patente auf Saatgut

Die Landwirtschaft zeichnete sich in der Vergangenheit durch eine unermessliche Vielfalt an Saatgutsorten aus, die von Bauern und Bäuerinnen über Generationen hinweg eigens für die lokalen Verhältnisse gezüchtet und untereinander frei ausgetauscht wurden. Heute liefern Konzerne wie Monsanto, Du Pont oder BAYER standardisiertes, patentiertes oder strengem Sortenschutz unterworfenen Saatgut, für das sie hohe Lizenzgebühren verlangen. Die traditionelle Praxis, einen Teil der Ernte für die nächste Aussaat oder die eigene Zucht aufzubewahren bzw. mit anderen Landwirten auszutauschen, wird zunehmend zu einer illegalen Handlung, die gegen Patentrecht bzw. Sortenschutz verstößt.

Die WTO spielt in diesem Prozess der Privatisierung von Saatgut eine wichtige Rolle: Ihr TRIPS-Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte zielt auf einen internationalen Mindestschutz von geistigem Eigentum, z.B. durch Patente. Auch für Saatgut werden geistige Eigentumsrechte gewährt – es wird zu einer heiß umkämpften Ressource. Wo das TRIPS umgesetzt wurde, können sich Konzerne monopolartige Verfügungsrechte an Sorten aneignen, die das Ergebnis jahrtausendealter züchterischer Kreativität und Anstrengungen sind.

Die Folgen dieser Privatisierung von Saatgut sind fatal: Die Sortenvielfalt geht zurück, denn die Saat-

gut-Konzerne konzentrieren sich auf wenige hochrentable Sorten. Bauern und Bäuerinnen geraten in immer größere Abhängigkeit, da z.B. bestimmte gentechnisch veränderte Sorten nur mit Hilfe der von den Saatgut-Multis hergestellten Düngemittel und Pestizide gedeihen. Die Zulässigkeit von Patenten auf lebende Organismen im TRIPS fördert zudem das Phänomen der „Biopiraterie“: Konzerne versuchen, genetische Ressourcen, die im Süden seit Jahrhunderten genutzt werden, patentieren zu lassen oder andere Rechte geistigen Eigentums auf sie zu erwerben. So versuchte beispielsweise die US-Firma „Rice Tec“, die Edelreissorte Basmati zu patentieren, welche mehr als 220.000 indische Kleinbauern und -bäuerinnen anbauen und züchten. Nur ein weltweiter Proteststurm konnte die Patentierung verhindern. Dem TRIPS auf dem Fuß folgten auch die Verfechter strengen Sortenschutzes in Deutschland: Im Auftrag der großen Züchter verklagte die Saatguttorehand über 2.500 LandwirtInnen, die sich weigerten, umfassende Auskunft über ihren Umgang mit Saatgut zu geben – damit die Züchter Nachbaugebühren kassieren können.

Deshalb fordert Attac:

- das Recht von Bauern und Bäuerinnen, Saatgut kostenlos wieder auszusäen und zu tauschen sowie das Ende aller Formen von Patentierung im Bereich lebender Organismen, Nahrung und Landwirtschaft

► Eine andere Landwirtschaft ist möglich – nur wie?

Agrarexporte gegen Hunger?

Die laufenden WTO-Verhandlungen zielen auf weitere Marktöffnungen im Agrarbereich. Regierungen von Agrarexporteuren wie Brasilien oder Argentinien, aber auch einige Entwicklungsorganisationen, betonen immer wieder die Chancen, die diese Marktöffnungen für Entwicklungsländer bieten. Demnach führen offene Märkte zu einem Anstieg der Exporte aus dem Süden, die wiederum Devisen bringen und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse vorantreiben sollen.

Dagegen hält Attac den Fokus auf Marktzugang im Norden und die zunehmende Exportorientierung im Süden für den falschen Ansatz. Damit sind wir nicht alleine – auch viele Kleinbauernorganisationen sehen die Zerstörung von Märkten im Süden als Hauptproblem des internationalen Agrarhandels, und nicht den mangelhaften Zugang zu den Märkten im Norden. Von letzterem profitieren nämlich in erster Linie Betreiber von Monokulturen, Großgrundbesitzer und ausländische Investoren.

Deshalb fordert Attac:

- die Verringerung des Zwangs zur Devisen-Erwirtschaftung durch einen umfassenden Schuldenerlass im Süden und die Möglichkeit, die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Agrarprodukten zu stärken

Ernährungssouveränität jetzt!

Einer umweltzerstörenden und unsozialen Landwirtschaft, die von wenigen Konzernen dominiert wird und allein an der Maximierung von Profiten interessiert ist, treten soziale Bewegungen weltweit mit einer gemeinsamen Forderung entgegen: „Ernährungssouveränität jetzt!“. Sie meinen das Recht jeder Gemeinschaft auf eine selbstbestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik – den eigenen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umständen entsprechend. Das beinhaltet

- das Recht von Bauern und Bäuerinnen, Nahrungsmittel zu produzieren, um die Versorgung ihrer Gemeinschaft zu sichern und damit ein Einkommen zu erzielen, das ihnen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür brauchen sie Zugang zu Land, Wasser und Saatgut.
- das Recht von KonsumentInnen, über die Produktion ihrer Nahrungsmittel Bescheid zu wissen und sie frei wählen zu können
- das Recht von Gemeinschaften, sich vor zu billigen Agrarimporten zu schützen
- das Recht aller Menschen, die Agrarpolitik ihrer Gesellschaft aktiv mitzugestalten

Landwirtschaft und die WTO – was tun?

Das WTO-Agrarabkommen, das TRIPS und die WTO-Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung treten diese Rechte mit Füßen. Die seit 2001 laufenden WTO-Verhandlungen werden daran nichts ändern. Denn weder steht das rigide Patentregime für Saatgut zur Debatte, noch sind effektive Mechanismen zu erwarten, mit denen die Länder des Südens ihre Märkte gegen Dumping schützen können. Stattdessen sollen ihre Agrarmärkte weiter geöffnet werden. Das würde die Situation für Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit dramatisch verschlimmern!

Zwar brauchen wir dringend internationale Regeln, die garantieren, dass die Ernährungssouveränität jeder Gemeinschaft nicht länger Profitinteressen untergeordnet wird. Die WTO ist aufgrund ihrer Politik der Liberalisierung und Privatisierung um jeden Preis jedoch nicht das richtige Forum für diese Regeln.

Deshalb fordert Attac:

- den Agrarbereich aus der WTO auszugliedern und die Schaffung von Verhandlungsforen, in denen unter aktiver Beteiligung aller betroffenen Akteure auf demokratische Weise Regeln für den weltweiten Agrarhandel ausgehandelt werden können



Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in über 30 Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung zu Attac zusammengeschlossen. Antikapitalisten, kirchliche Kräfte, Gewerkschaften und nicht organisierte Einzelpersonen sind ebenso dabei. Allein in Deutschland machen schon über 15.000 Menschen mit. Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen und sich gemeinsam Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen machen wollen. Dabei steht Attac für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Informationsvermittlung in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Innerhalb von Attac gibt es zahlreiche Lokalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Globalisierung beschäftigen. Zum Thema WTO arbeitet v.a. die bundesweite AG Welt-handel und WTO (www.attac.de/wto) mit mehreren Unter-AGs. Eine davon ist das AgrarNetz (www.attac.de/agrarnetz).

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069-900281-10, Fax: -99, info@attac.de, www.attac.de

Attac stärken – Mitglied werden!

Mitgliedschaft / Spenden

Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden (Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag* in Höhe von jeweils ___€ von meinem Konto abbucht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag* von ___ € jährlich/monatlich auf das Konto von Attac. (Unzutreffendes bitte streichen!)

Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich _____€ von meinem Konto einzieht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: _____

Konto-Nr.: _____

Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

* Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

Spendenkonto Attac Deutschland:

Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800
 GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67
 Spenden sind steuerlich absetzbar!